für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3



Angriff ist die beste Verteidigung,

vor allem dann, wenn der Feind schon mit der Lunte zündelt. Und der Arbeiterfeind, der Kapitalismus und sein „sozialistisches" Regierungsteam, droht bereits mit Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. So, wie es heute in England geschieht, soll morgen auch bei uns in Österreich der Arbeiter das Opfer der vom Kapitalismus selbst herbeigeführten Krise werden.

Was wir dagegen tun können, darüber diskutieren wir am Freitag, dem 25. Jänner 1974, ab 19.30 Uhr, im Zirbel-Saal des Bayrischen Hofs, Wien 2, Taborstraße 39. Gäste sind herzlich willkommen.

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 82 · Jänner 1974



Keine Illusion über den Sozialimperialismus

Sein Appetit ist nämlich gewaltig. Zur Zeit hat er noch ein Gustostückerl aus Zentralasien vor sich (worüber wir auf Seite 12 berichten), was ihn aber nicht daran hindert, gleichzeitig auch an Europa zu denken (Seite 4).



Ein Brief aus dem Sudan

Es ist ungemein interessant und wichtig zu erforschen, welchen Einfluß der jüngste Waffengang im Nahen Osten auf das Verhältnis der öffentlichen Meinung im Sudan zu den zwei Supermächten hatte.

Wie die meisten arabischen und afrikanischen Länder hat auch dieses Land Ägypten und Syrien im Krieg gegen Israel voll und ganz unterstützt. Es leistete ihnen nicht nur moralische, sondern auch materielle Hilfe. Nahrungsmittellieferungen und Geldspenden gehen weiter, und auch unsere Truppen haben sich an die Front begeben.

Der Krieg hat vom Denken eines jeden Sudanesen Besitz ergriffen, und sogar die "Unpolitischen" interessieren sich jetzt für Politik und möchten ihr Scherflein beitragen. Viele Fragen, denen früher die größte Bedeutung beigemessen worden war, wurden durch den Krieg überschattet.

Es ist bemerkenswert, daß - mit Ausnahme ganz weniger Leute - niemand eine Beendigung des Krieges vor dem vollständigen Sieg über den Feind wünschte. Das mindeste, was man als Forderung zu hören bekam, war, daß die Araber den Krieg so lange fortsetzen müßten, bis sie die Gewähr hätten, am Konferenztisch mehr Konzessionen von Israel zu erlangen. Die meisten Menschen waren sehr enttäuscht, daß dies nicht geschehen ist und man auf den Rat der Russen und ihrer amerikanischen imperialistischen Freunde gehört hat.

Besonders der Verrat an den Arabern seitens der Sozialimperialisten ist den Menschen hier viel stärker zum Bewußtsein gekommen als jemals zuvor. Wenn man früher über die Möglichkeit eines solchen Verrats sprach, wollten nur wenige Leute zuhören, geschweige denn daran glauben. "Ja, ihr greift die Sowjets an, weil ihr für China seid", war stets die Antwort. Jetzt aber reden die Leute auf der Straße von diesem Verrat, spricht man darüber in aller Öffentlichkeit. Es ist dies die größte Selbstentlarvung der Sozialimperialisten in Sudan seit Juli 1971, als sie den mißglückten Putsch der hiesigen Revisionisten unterstützt hatten. (Vgl. "Für die Volksmacht" Nr. 64, S.12 - d. Red.)

Das sudanesische Wochenblatt "Algadid" brachte kürzlich einen Artikel, in welchem gezeigt wurde, wie die beiden Supermächte im Mittelmeer und Indischen Ozean um die militärische Vormachtstellung wetteifern. Es heißt darin: "Die Rivalität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Mittelmeer, der wichtigsten strategischen Zone für die Flottenbewegungen der Großmächte, hat sich während des Oktoberkrieges bedeutend verstärkt." Und weiter heißt es darin: "Das geht zu einer Zeit vor sich, da die Länder an den Mittelmeerküsten verlangen, daß dieses Meer zu einer Friedenszone werde."

Die Zeitschrift fährt dann fort: "Abgesehen vom Mittelmeer haben die zwei Supermächte eine riesige Kette von Stützpunkten für ihre Seestreitkräfte längs der Schiffahrtslinien von Indonesien über Singapur bis zu den Küsten Indochinas und Indiens, ferner bis zum Arabischen Meer sowie bis zum afrikanischen Kontinent und Madagaskar errichtet... Die Sowjets bemühen sich, die Entsendung von Kriegsschiffen zur Verstärkung ihrer Flotte im Indischen Ozean zu beschleunigen... Und obwohl die Russen erst vor fünf Jahren in den Indischen Ozean eingedrungen sind, kann heute in dieser Region die Sowjetflotte dauernd kreuzen."

A.M.K., Sudan ●

Der gute Bürger S.



Eigentlich sollten wir ihn „net amol ignorieren", den Franz Strobl, denn er tut ja eh nix. Oder fast nix. Sogar am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, begnügt er sich stets damit, aus dem fahrenden Auto ein paar handtellergroße Zettel zu werfen, auf denen er sich als Marxist-Leninist ausgibt. Womit er zwar einen Beitrag zur Umweltverschmutzung, aber gewiß keinen zum Klassenkampf liefert. „Na und", so werden nun die meisten Leser fragen, „wer ist Franz Strobl?" Es sei uns demnach ein kurzer Hinweis gestattet. Franz Strobl, das ist ein früherer „Weg-und-Ziel"-Redakteur, der vor Jahren gemeinsam mit einigen unserer Genossen die MLÖ gründete. Es kam jedoch, nicht zuletzt wegen befremdlicher finanzieller Dinge, für die er verantwortlich war, zum Zerwürfnis. Dies führte seitens unserer Genossen zur Bildung der VRA, während Strobl die MLÖ zwar einerseits um einen Buchstaben zur MLPÖ auffettete, sie jedoch anderseits zum Familienbetrieb entarten ließ, im wesentlichen bestehend aus Herrn und Frau Strobl. Die Bezeichnung Familien b e t r i e b ist hier hintergründig zu verstehen. Die Mitglieder der VRA beispielsweise sind samt und sonders berufstätig und leben von ihrer Hände Arbeit. Franz Strobl hingegen hat — was körperliche Arbeit anlangt — noch nie einen Handgriff getan, und unseres Wissens geht er seit langem auch keinem „geistigen" Beruf mehr nach, so daß man sich unwillkürlich fragt: Von wessen Geld lebt der Mann denn eigentlich? Aber seine Finanzgebarung ist offenbar auch im Privatleben undurchschaubar; genau so undurchschaubar wie seine verdächtig guten Beziehungen zur bürgerlichen „Presse".

Doch nun zurück zum Ausgangspunkt, nämlich zur Feststellung, daß der Strobl politisch eh nix oder fast nix tut. Das bisserl, was er macht, bestand 1973 in der Herausgabe von zehn Nummern der von ihm usurpierten „Roten Fahne". Zum Vergleich: „für die volksmacht" und „rote garde" erscheinen zusammengenommen 22mal jährlich; ganz abgesehen von der Betriebs-, Flugzettel-, Schulungs- und sonstigen Arbeit der VRA. Nicht nur mengen- und arbeitsmäßig, sondern auch inhaltsmäßig macht sich's der MLPÖ-Haushaltsvorstand sehr leicht, denn mangels eigener Ideen vervielfältigt er in seinem Blättchen ganz einfach Artikel aus der „Peking Rundschau". Das wäre an sich nichts Schlechtes, aber wer sich die ohnedies in deutscher Sprache erscheinende „Peking Rundschau" abonniert, der bekommt dieselben Artikel preiswerter und vor allem unzensuriert ins Haus geliefert.

Daß der gute Bürger Strobl auch ideologisch am Sand ist, das konnte er unseren Genossen früher dank einer begnadeten Beredsamkeit eine Zeitlang verbergen. Inzwischen hat er freilich schriftliche Beweise geliefert; zuletzt, indem er kritiklos einen westdeutschen „Leserbrief" druckte. Doch darüber berichten wir ja ausführlich auf den folgenden Seiten:

Keine Illusion über den Sozialimperialismus

Just in einem Augenblick, da die revisionistische "Volksstimme" einen westlichen Agenturbericht über ein Interview von Genossen Tschou En-lai bzgl. der momentanen Defensive der NATO zu einer vehementen und niederträchtigen Attacke gegen das sozialistische China ausnützt - gerade in diesem Augenblick findet es der Renegat Strobl für notwendig, in der Form eines angeblichen "Briefes aus Westdeutschland" einen langatmigen Artikel zu veröffentlichen (Anmerk. 1.), demzufolge heute nicht der russische Sozialimperialismus, sondern Westdeutschland die hauptsächliche Aggressionskraft in Europa und die größte Gefahr für den Frieden wäre.

Breschnew wertet Bonn auf

Dabei sind doch folgende Tatsachen unbestreitbar:

a) Im gegenwärtigen Augenblick ist der deutsche Imperialismus auch nicht im entferntesten in der Lage, einen Aggressionskrieg gegen den vom russischen Sozialimperialismus beherrschten Osten Europas vom Zaun zu brechen.
b) Selbstverständlich bleibt es nach wie vor das Ziel des deutschen Imperialismus, sich die DDR einzuverleiben, ja darüber hinaus die führende Kraft in Europa zu werden, die Hegemonie eines "Vereinten Europa" an sich zu reißen. Das ist aber angesichts der tatsächlichen Gegebenheiten vorläufig nichts anderes als Zukunftsmusik.
c) Nicht die westdeutschen Imperialisten mit der Brandt-Regierung als ihrem Ausführungsorgan haben die Souveränität der DDR beschnitten, sondern umgekehrt die russischen Sozialimperialisten sind es, die auf einen Friedensvertrag - und sei es nur mit der DDR allein -, den sie noch vor anderthalb Jahrzehnten anstrebten, verzichtet, Westberlin faktisch an die Bundesrepublik gekettet und die Rechte der DDR auf ihre Hauptstadt Ostberlin noch stärker als bisher durch das 4-Mächte-Besatzungsstatut eingeschränkt haben. In Wirklichkeit haben sie sogar noch mehr getan, nämlich die Rechte der DDR in bezug auf den Transit zwischen der BRD und Westberlin über ostdeutsches Territorium eingeengt.
d) Andererseits ist es eine Tatsache, daß gerade der russische Sozialimperialismus ein Interesse hat, die BRD aufzuwerten, ihr eine führende Rolle in Westeuropa zu geben und sie dadurch zu einem stillschweigenden Bundesgenossen für den Fall eines neozaristischen Angriffskrieges gegen China aufzubauen. Gromyko hat bei den "Ostverhandlungen" in Bonn gesagt: "In Europa sind wir die einzige Supermacht". Und: "Die BRD ist bereits ein wirtschaftlicher Riese, sie muß auch ein politischer Riese werden". Die Ostverträge Brandts sind zwar eine vorläufige Zurückstellung der Pläne für eine "Wiedervereinigung" im Sinne der westdeutschen Imperialisten, bedeuten jedoch nicht ihre Widerrufung (wobei selbstverständlich diese Wiedervereinigung eine Herstellung der Herrschaft des Monopolkapitals über beide Teile Deutschlands wäre). Es muß auch bedacht werden, daß die SED-Spitze die selbstverständliche nationale Forderung der Deutschen nach einer Wiedervereinigung (wie Korea oder Vietnam) - die vom Standpunkt der DDR (wie sie als volksdemokratisch-sozialistischer Staat gegründet war) und des deutschen werktätigen Volkes überhaupt eine Wiedervereinigung im Zeichen der sozialistischen Revolution, also letzten Endes unter der Diktatur des Proletariats sein müßte - völlig aufgegeben, sie ausdrücklich für "in alle Ewigkeit inaktuell" bezeichnet hat. So wurde die Spaltung Deutschlands, der diesbzgl. "Status quo" vertraglich "zementiert". Dazu hat also Westdeutschland unter der SPD-FDP-Koalition seine Hand hergegeben.

Es ist also eine Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten zumindest für den Augenblick ihre aggressiven Aspirationen zurückgestellt haben. Aber diese "Zementierung" der Teilung Deutschlands bedeutet quasi ein Bündnis zwischen Moskau und Bonn, bedeutet ein Fußfassen Moskaus in Bonn, und das ist eine große Gefahr für Europa.



So sieht es ein westdeutscher Karikaturist:
Brandt auf dem russischen Bären

Strobl vermag das jedoch überhaupt nicht zu sehen, sondern trachtet umgekehrt mit aufgewärmten Theorien, die eine vergangene Etappe umschrieben haben mochten, die gegenwärtige Gefährdung des europäischen Friedens durch die russischen Sozialimperialisten zu verwischen, zu verkleistern bzw. schlankweg abzuleugnen.

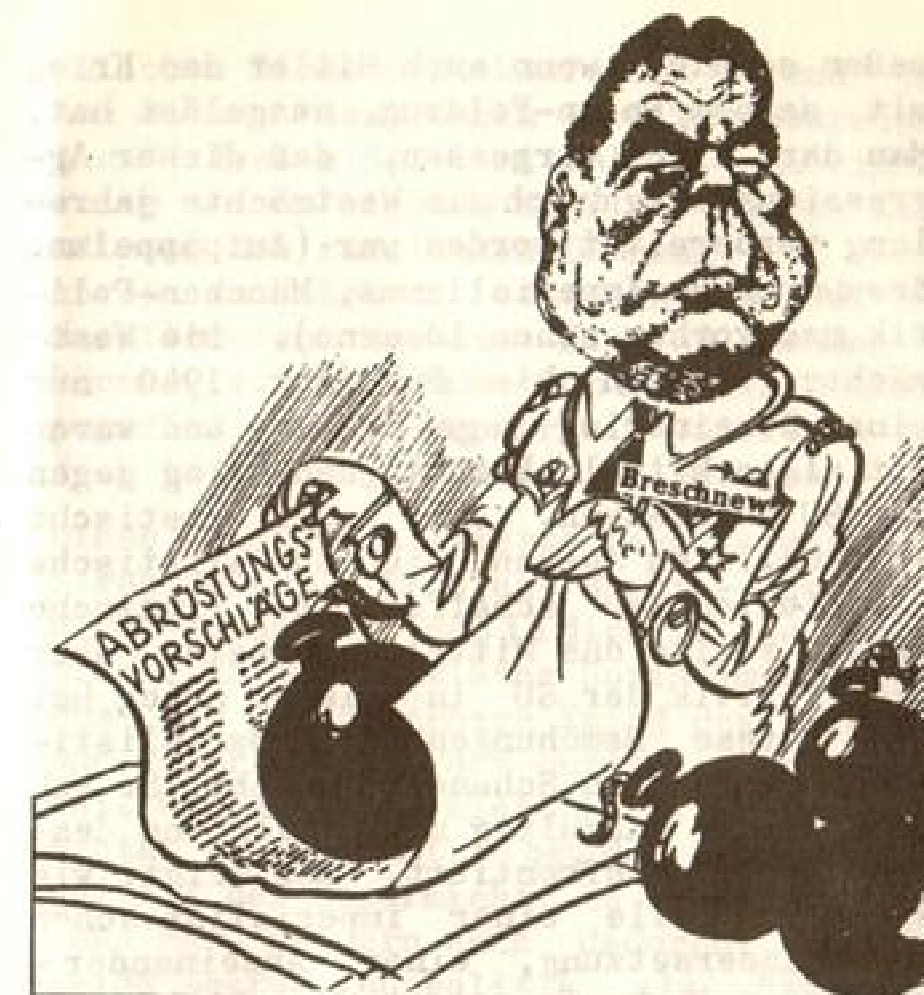
Der Sozialimperialismus - der Hitler von heute

Die gewaltsame Okkupation der ČSSR im Jahre 1968 ist der einzige militärische Aggressionsakt in Europa seit dem Ende des 2.Weltkrieges. Die Gefahr, daß ähnliche Akte der Kremlherren Europa bevorstehen, ist seither akut.

Um seinen konterrevolutionären Krieg gegen das sozialistische China vorbereiten zu können, muß der russische Sozialimperialismus sich den Rücken absichern. Das ist so selbstverständlich, daß es kaum einen Politiker oder Kommentator im Westen gibt, der das abstreiten würde. Mit Recht vergleicht Tschou En-lai die Politik Breschnews in dieser Hinsicht mit der Hitlers. Dabei stellt er fest, daß ebenso wie Hitler seinerzeit seine Kriegsvorbereitungen gegen den Westen mit "Antikommunismus" (man denke an den "Antikominternpakt" zwischen Hitlerdeutschland, Italien und Japan!) den Westmächten schmackhaft machen wollte, sie zu paralysieren und zu ihrer verhängnisvollen "Nichteinmischungspolitik" gegenüber der Aggression der faschistischen Achsenmächte zu veranlassen suchte, jetzt Breschnew "ein Scheinmanöver im Osten vollführt, um im Westen loszuschlagen". Auch heute wollen die westlichen Imperialisten die neuen Zaren in Moskau nach Osten (gegen Volkschina) ablenken, wie sie das seinerzeit taten, als sie Hitler (Kulminationspunkt: München!) zum Aggressionskrieg gegen die UdSSR nach Osten drängen wollten.

Es ist in dieser Beziehung außerordentlich interessant und lehrreich, die Rede Stalins auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1938 mit der Rede Tschou En-lais auf dem X. Parteitag der KP Chinas zu vergleichen (Anmerk. 2).

Auch damals, am Vorabend des 2. Weltkrieges, waren die Westmächte - England, Frankreich und die USA -, wie Stalin sagte "nichtaggressive Staaten", die, wie er schon auf dem XVII. Parteitag (1934) festgestellt hatte, unter den gegebenen Verhältnissen "aus diesen oder jenen Motiven an einer Störung des Friedens nicht interessiert" waren. Sie waren in einer ge-



wissen Verteidigungsposition gegenüber dem neuerstandenen deutschen Imperialismus unter Hitlers Führung. Der Versailler Vertrag war, wie Lenin immer wieder feststellte, ein Raubvertrag, der Deutschland zerfleischte und versklavte. Der Kampf des deutschen Proletariats gegen den Versailler Vertrag ebenso wie gegen die Dawes- und Young-Anleihen der USA samt ihren Beweggründen und Folgen, gegen die Rüstungsbeschränkungen, gegen die Gebietsabtretungen, gegen die Besetzung des Saar- und Ruhrgebietes etc. war ein gerechter nationaler Kampf. Die Kommunisten haben höchstens zu wenig energisch, zu wenig konsequent diesen Kampf geführt. Gerade deswegen ist es Hitler gelungen, den Kampf gegen Versailles zu seinem reaktionären Schlagwort zu machen bzw. ihn für reaktionäre Ziele zu mißbrauchen.

Nach Hitlers Machtergreifung hat der Kampf gegen Versailles einen umgekehrten Charakter angenommen: er wurde zu einem Kampf für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zur Eroberung und Unterdrückung fremder Länder und Völker. Dieser "Anti-Versailles-Kampf" der Nazi war nicht mehr ein nationaler Befreiungskampf, sondern er war ein aggressiver Feldzug zur diplomatischen und politischen Vorbereitung des 2. Weltkrieges. Die Politik Nazi-Deutschlands und seiner Verbündeten war die aggressive Kriegspolitik eines imperialistischen Blocks gegen einen anderen. An diesem zweiten Weltkrieg, der dann tatsächlich am 1.September 1939 ausbrach, waren beide imperialistischen Blöcke gleicher-

maßen schuld, wenn auch Hitler den Krieg mit seinem Polen-Feldzug ausgelöst hat. Man darf nicht vergessen, daß dieser Aggressionskrieg durch die Westmächte jahrelang vorbereitet worden war (Aufpäppelung des deutschen Imperialismus, München-Politik und vorher schon Locarno). Die Westmächte führten bis Frühjahr 1940 nur einen Scheinkrieg gegen Hitler und waren mit allen Mitteln bemüht, den Krieg gegen die SU abzulenken, eine imperialistische Weltkoalition gegen die sozialistische Sowjetunion zu schaffen. Der finnische Krieg sollte das Mittel dazu sein, aber die Politik der SU in diesem Krieg hat alle diese Bemühungen des imperialistischen Westens zu Schanden gemacht. So sah sich dieser endgültig mit Hitler und dessen "Achse" konfrontiert. Das zeigt, wie sich im Falle einer imperialistischen Auseinandersetzung, einer Auseinandersetzung zwischen zwei imperialistischen Machtblöcken, der Grad der Aggressivität, die konkrete Bereitschaft zu einem Angriffskrieg bzw. zu einem vorübergehenden Frieden (um den gegebenen Besitzstand zu verteidigen) wechselt. Das ändert nichts am Charakter der Imperialisten, muß aber von Marxisten konkret und genau analysiert und entsprechend ausgenützt werden (Anmerk. 3).

Wenn Herr Strobl von einer "ewigen" Aggressivität des deutschen Imperialismus, ohne Rücksicht auf sein tatsächliches Verhalten unter diesen oder jenen gegebenen historischen Umständen, faselt, wenn er gegen die geschichtliche Wahrheit behauptet, Schuld am 1. Weltkrieg hätte nur der deutsche Imperialismus getragen (was bekanntlich der Analyse Lenins und der Bolschewiki völlig zuwiderläuft), so tut er das aus keinem anderen Grund, als um von der Gefahr abzulenken, die seitens der neuen Zaren im Kreml dem Frieden in Europa droht.

Die aktuelle Kriegsgefahr für Europa

Welche Gefahr besteht jetzt in Europa? Es besteht die Gefahr, daß der russische Sozialimperialismus, der tatsächlich heute schon ein gewaltiges militärisches Übergewicht in Europa hat (Anmerk. 4), dieses Übergewicht noch mehr verstärkt und ausnützt, um seine Vorherrschaft über Osteuropa auszudehnen. Der russische Sozialimperialismus will sich ganz Osteuropa, seine "Einflußsphäre", welche ihm der US-Imperialismus zugestanden hat, 100%ig botmäßig machen. Das ist bekanntlich bisher noch nicht der Fall: Albanien ist längst aus dem aggressiv gewordenen Warschauer Pakt ausgetreten und hat sich überdies schon vorher energisch und mutig dem Druck Chruschtschows und Breschnews widersetzt; Jugoslawien ist weiterhin ein blockfreies Land und weigert sich, Vasall des russischen Sozialimperialismus zu werden; Rumänien ist zwar nach wie vor Mitglied des Warschauer Pakts, hört aber nicht auf, wider den Stachel zu löken, läßt keine fremden Truppen auf sein Territorium, macht verschiedene Vorbehalte gegenüber der russischen Hegemonie im östlichen Blockgefüge, führt eine gewisse unabhängige und selbständige Außenpolitik durch usw. usf.; Griechenland schließlich gehört zwar noch formell der NATO an, steht aber, wie wir aus einer kürzlichen Enthüllung des Genossen Enver Hoxha wissen, ebenfalls auf dem Speisezettel der gefräßigen neuen Zaren. Es ist klar, daß sich der Sozialimperialismus mit der momentanen Situation auf dem Balkan auf die Dauer nicht abfinden kann, daß er früher oder später alle Mittel einsetzen wird, um sich diese für die Beherrschung des östlichen Mittelmeerraumes so wichtige Halbinsel restlos zu unterwerfen, sie faktisch und völlig zu besetzen. Daß dies eine Gefahr für das benachbarte Österreich ist, daß es die Aggressionsakte der Kreml-Herren unmittelbar an seinen Grenzen direkt oder indirekt zu spüren bekommen müßte, liegt auf der Hand! Demgegenüber davon zu sprechen, daß uns derzeit angeblich eine reale "Kolonisierungs"-Gefahr seitens der BRD drohe, kann doch nichts anderes bedeuten als den Versuch, die tatsächliche Gefahr seitens des russischen Sozialimperialismus zu bagatellisieren, ja sie sogar zu verdecken.

Was Westeuropa betrifft, so ist es wohl nicht das unmittelbare Ziel des russischen Imperialismus, die westeuropäischen Länder militärisch zu besetzen. Es ist aber sein Ziel: 1. die NATO-Staaten auseinanderzumanövrieren, sie als Verteidigungskraft gegen die Expansionspolitik der neuen Zaren aktionsunfähig zu machen; 2. die Einheit der westeuropäischen Länder zu untergraben, das eine gegen das andere auszuspielen, sich in ihnen auf diese oder andere Weise politisch festzusetzen (dadurch, daß etwa in Italien und Frankreich seine "K"P-Agenturen an die Macht kommen, oder dadurch, daß es ihm, wie in der BRD eben, gelingt, sich mit der regierenden SP zu arrangieren).

Angesichts dieser Europa-Politik der Kreml-Herren ist nun die Frage zu beantworten, inwieweit die NATO im gegenwärtigen Augenblick ein Aggressionsbündnis bzw. ein Verteidigungsbündnis darstellt.

Es ist ja im Augenblick nicht die Frage, daß die USA gegen den Willen der westeuropäischen Länder ihre Truppen in Europa stationiert hielten, sondern umgekehrt: die westeuropäischen Länder fordern die Beibehaltung der amerikanischen Stützpunkte und Truppenkontingente in Westeuropa zum Schutz gegen die russischen Sozialimperialisten, und die Amerikaner wollen sich diesen Schutz durch ökonomische Zugeständnisse ihrer europäischen Verbündeten teuer bezahlen lassen (man denke an den Kissinger-Plan für eine neue "Atlantik-Charta"!).

Ein Überblick zeigt, daß es heute in Europa weiterhin um eine Rivalität zwischen den beiden Supermächten geht. Dabei möchte die amerikanische Supermacht Westeuropa noch fester an sich ketten und zugleich natürlich - eben mit Hilfe dieser westeuropäischen Alliierten - läßt sie nichts unversucht, um die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche und Schwierigkeiten innerhalb des "Ostblocks" für ihre eigenen Zwecke auszunützen, um gegebenenfalls die alten Aggressionsziele der NATO (das berüchtigte "roll-back" von John F. Dulles) wieder aufzugreifen, sobald sich nämlich die neuen Zaren tatsächlich in einen konterrevolutionären Krieg gegen die Volksrepublik China verstrickt haben, sobald sie sich in diesen "fetten Bissen" so fest verbissen haben, daß sie ihr europäisches Hinterland nicht mehr wirksam in der Hand halten können, ihr Rücken also entblößt erscheint.

Das kurz zur heutigen Konstellation in Europa, die zusammengefaßt bedeutet:

1. Die beiden Supermächte rivalisieren und kollaborieren in der Welt, dabei ist das Zentrum ihrer Rivalität Europa und der angrenzende Mittelmeerraum.

2. Die aggressive Kraft, die derzeit nicht nur den Status quo erhalten will, sondern darüber hinaus ihre Position in ihrem Einflußgebiet noch mehr zu verstärken und zugleich das Einflußgebiet der anderen Supermacht zu zersetzen und sich auf diese oder jene Weise untertan zu machen sucht, ist der russische Sozialimperialismus. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß der US-Imperialismus, obwohl er mit dem Sozialimperialismus rivalisiert, gleichzeitig auch mit diesem zusammenarbeitet, indem er (z.B. bei der "europäischen Sicherheitskonferenz" und bei den Wiener "Gesprächen über Truppenreduktion") dessen Spiel mitspielt, um einerseits seinen eigenen Einfluß (durch Ausnützung der russischen Drohung) in Westeuropa zu stärken, andererseits auf den Machtbereich Moskaus Einfluß nehmen zu können, vor allem aber, um eben den Sozialimperialismus in Sicherheit zu wiegen und nach Osten, gegen China, zu drängen.

Diese ganze komplizierte Lage sieht Herr Strobl nicht. Er sieht nicht - oder will nicht sehen -, daß in dieser Lage augenblicklich der russische Sozialimperialismus der gefährlichere Feind des Friedens und der Freiheit der europäischen Völker ist. Gefährlicher nicht bloß, weil er momentan die Initiative bei der Aggressionspolitik der Supermächte in Europa in der Hand hat, sondern auch dadurch, daß er seine Aggressionspolitik als "Entspannungspolitik" tarnt und so die Wachsamkeit der Völker einschläfert, und daß er die Erfolge seiner Politik als "sozialistisch" und "antiimperialistisch" zu maskieren versteht.

Was Herr Strobl auftischt, ist nichts anderes als eine Schützenhilfe für den russischen Sozialimperialismus, die umso gefährlicher ist, als sie sich mit dem Deckmantel eines angeblichen "Marxismus-Leninismus" tarnt.

Anmerkungen:

1. "Keine Illusionen über den deutschen Imperialismus!", "Rote Fahne", 8. Ausgabe 1973.

2. Aus J.W.Stalins Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU, 10. März 1939:
"Daher haben die faschistischen Machthaber (in Hitlerdeutschland, d.Red.) beschlossen, ehe sie sich in den Krieg stürzen, in gewisser Weise die öffentliche Meinung zu bearbeiten, d.h. sie irrezuführen, zu betrügen...
Krieg gegen die Interessen Englands, Frankreichs, der USA? Nichtigkeiten! 'Wir' führen Krieg gegen die Komintern, nicht aber gegen jene Staaten. Wenn ihr nicht glaubt, so lest doch den 'Antikominternpakt', der zwischen Italien, Deutschland und Japan geschlossen wurde...
... In der Politik der Nichteinmischung schimmert das Bestreben, der Wunsch durch, die Aggressoren nicht an der Verübung ihrer Missetaten zu hindern, etwa Japan nicht daran zu hindern, daß es sich in einen Krieg mit China, oder noch besser: mit der Sowjetunion, verstrickt, etwa

Deutschland nicht daran zu hindern, daß es in europäischen Angelegenheiten steckenbleibt, daß es sich in einen Krieg mit der Sowjetunion verstrickt; alle Beteiligten tief in den Sumpf des Krieges versinken zu lassen, sie dabei stillschweigend zu ermutigen, sie einander schwächen und erschöpfen zu lassen, um dann, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf den Plan zu treten - natürlich 'im Interesse des Friedens'! - und den geschwächten Kriegsteilnehmern seine Bedingungen zu diktieren. Wie billig und wie angenehm!"

Aus dem Bericht Tschou En-lais auf dem X. Parteitag der KP Chinas, 24. August 1973:

„Heute sind es in der Hauptsache die beiden nuklearen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um die Hegemonie ringen... Aus der Proklamierung eines Europa-Jahres (durch Nixon - d.Red.) und der Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz ist ersichtlich, daß der strategische Schwerpunkt ihres Ringens in Europa liegt. Der Westen ist stets darauf bedacht, den Sowjetrevisionismus nach Osten zu lenken und dieses Unheil auf China abzulenken. Bliebe im Westen alles ruhig, wie schön wäre das! China ist ein fetter Bissen, den alle gern verspeisen möchten. Doch dieser Bissen ist so zäh, daß schon seit Jahren niemand anbeißen kann... Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, 'ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, um im Westen loszuschlagen'. Er intensiviert sein Ringen um Europa und forciert seine Expansion in Richtung des Mittelmeers, des Indischen Ozeans und aller Gebiete, wohin sein Arm reicht. ...."

3. Lenin schrieb in seinem Artikel "Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" (August 1915): "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus." Dieses Gesetz ist auch bei einer solchen Analyse zu beachten.

4. Die Überlegenheit des Warschauer Pakts gegenüber der NATO bei konventionellen Streitkräften wird derzeit mit einem Verhältnis von 3:1 gekennzeichnet. Seit 1968 wurden die russischen Truppen in Europa um 20% verstärkt, darunter allein in der DDR die Luftstreitkräfte um 50 %, die Panzer um 30 % und die Artillerie auf fast das Doppelte. ●

Verbündeter Tschiangkaischeks...

Die Nummer 44 (Oktober 1973) des Informationsbulletins der russischen Nachrichten-Agentur "Nowosti" enthält einen Artikel über Taiwan (Autor: G. Galina), der gleich mit dem offenherzigen Satz beginnt: "Die Existenz von zwei Chinas war und ist auch heute eine Realität..." Der Artikel ergeht sich im weiteren in langatmigen Lobhudeleien über Tschiangkaischek und sein Regime. So etwa, wie gut sich dieser doch den neuen Gegebenheiten anpassen konnte. Unter anderem liest man auch solch erbärmliche Sätze wie: "Die Intensivierung der Aktivitäten Pekings auf internationalem Boden... wurde in weitem Ausmaße durch eine wirtschaftliche Offensive Taiwans kompensiert." In einem Ton, der etwa dem eines Freundes entspricht, der über seinen Freund schreibt, geht der Artikel weiter, um mit folgendem Satz zu schließen: "Diese Sachlage könnte einer der wichtigsten Faktoren des diplomatischen Kampfes werden, was das Problem des zukünftigen Status der Insel (Taiwan) betrifft." Das heißt auf gut deutsch, daß die Sozialimperialisten versuchen, die elend krepierte Theorie von den "zwei Chinas" wieder zum Leben zu erwecken und sich damit als Nachfolger der Amerikaner als Schutzherr der bankrotten Tschiangkaischek-Bande anzubieten.

...und des Dalai Lama

Die "Literaturnaja Gazeta", die Zeitschrift der "feinen" Leute in Moskau, berichtet über den Kampf der Volksrepublik China und der tibetanischen Volksmassen gegen die von den Indern eingeschleusten Banden des ehemaligen obersten Sklavenhalters, des Dalai Lama, folgendermaßen: "Nachdem sie Tibet annektiert hatten, ... haben die Maoisten grausam die nationale Befreiungsbewegung unterdrückt und zehntausende Tibetaner gezwungen, ihre Heimat zu verlassen..." Es ist dies der gleiche Ton, wie man ihn aus unserer "Kronenzeitung" und dem "Kurier" aus der Zeit des kältesten Krieges mit seiner Hetze gegen die sozialistischen Länder kennt. Es gibt nichts zum Wundern! Es sind doch da und dort Schreiberlinge im Dienste des Imperialismus! Daran kann aber jeder ehrliche Kommunist, der sein Herz von der Sowjetunion nicht losreißen kann, ganz deutlich die sozialimperialistische Fratze der Verräter im Kreml erkennen. ●

In China gibt es keine Hungersnöte mehr



Regulierungsarbeiten am Haiho-Fluß in der nordchinesischen Tiefebene

In vielen Ländern der Dritten Welt stellen Hunger und Unterernährung ein akutes Problem dar. Man denke dabei nur an die augenblicklich in Indien oder Afrika herrschenden Hungersnöte. Was ist aber die Ursache für den Hunger und das Elend der Mehrheit der Menschheit? Und ist dieses Problem überhaupt lösbar, oder wird die Menschheit in 50 bis 100 Jahren, wie von bürgerlicher Seite oftmals behauptet, nicht nur im Dreck ersticken, sondern auch verhungern müssen?

Die Wurzeln des Ernährungsproblems

Das Beispiel der Entwicklung Chinas kann dazu beitragen, die Wurzeln sowie den Weg zur Lösung des Ernährungsproblems zu erkennen. Läßt man die Randgebiete der nationalen Minderheiten außer acht, die in der Hauptsache von der Viehzucht lebten, so war das Kernland Chinas seit Jahrtausenden ein Getreideland. Aber erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Hungersnöte und Getreidemangel zu einer chronischen Erscheinung. Die Ursache war die gewaltsame "Erschließung" Chinas für die "Zivilisation" durch die kapitalistischen Länder Europas. Seit den Opiumkriegen zur Mitte des vorigen Jahrhunderts verwandelte sich China aus einem feudalen Land in ein halbfeudales, halbkoloniales Land. Bereits in der feudalen Gesellschaft hatte sich Warenaustausch herausgebildet, der die bäuerliche Naturalwirtschaft, die Grundlage des Feudalismus, untergrub. Die Verwandlung Chinas in einen riesigen Markt für die kapitalistischen Länder hat die Auflösung der alten Gesellschaft gewaltig vorangetrieben. Mao Tsetung hat in seinem Werk "Die chinesische Revolution und die KP Chinas" die Folgen des Eindringens des Kapitalismus in China beschrieben. "In der Warenwirtschaft, die sich in der chinesischen Feudalgesellschaft entwickelt hatte, waren bereits die ersten Keime des Kapitalismus enthalten. Deswegen hätte sich China auch ohne Einwirkung des ausländischen Kapitalismus allmählich zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickelt. Die Invasion des ausländischen Kapitalismus beschleunigte diesen Prozeß. Der ausländische Kapitalismus hat eine gewaltige Rolle bei der Zersetzung der in China bestehenden sozial-ökonomischen Ordnung gespielt: Einerseits untergrub er die Grundlage der selbstgenügsamen Naturalwirtschaft, zerstörte das Handwerk in den Städten und das Heimgewerbe der Bauern, und andererseits förderte er die Entwicklung der Warenwirtschaft in Stadt und Land." Dies schuf auch die Möglichkeit der Entwicklung des Kapitalismus in China. "Denn die Zerstörung der Naturalwirtschaft eröffnete dem Kapitalismus einen Warenmarkt, während der Ruin einer großen Zahl von Bauern und Handwerkern für ihn einen Arbeitsmarkt schuf."

Die Entwicklung eines chinesischen Proletariats und einer chinesischen Bourgeoisie war aber nur eine Seite der Auswirkungen des Imperialismus. Die Imperialisten kamen natürlich nicht nach China, um dessen Wirtschaft zu entwickeln, sondern sie ver-

folgten das Ziel, China in ihre Kolonie bzw. Halbkolonie zu verwandeln. Sie wollten Chinas Naturschätze plündern und ihr Kapital profitbringend anlegen. Diese Ausplünderung hemmte die Entwicklung der chinesischen nationalen Bourgeoisie. Aber der Imperialismus schuf sich eine Klasse kommerzieller Wucherer und Großhändler, welche vollständig von ihm abhängig war und die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen Chinas monopolisierte. Ein nationaler Kapitalismus konnte so nicht aufkommen, die nationale Bourgeoisie wurde niedergehalten.

Zur zweiten sozialen Stütze des Imperialismus wurde die feudale Grundherrenklasse. Der Imperialismus hat ein Interesse daran, die feudalen Überreste künstlich zu konservieren. Einerseits weil dies die Schaffung eines nationalen Kapitalismus, einer nationalen und vom Imperialismus unabhängigen Wirtschaft verhindert, und andererseits, weil sich die Imperialisten gegen den Widerstand der Arbeiter, Bauern und anderen patriotischen Kräfte auf einheimische Verbündete in den unterjochten Ländern stützen müssen.

Die Folgen dieser Entwicklung für die Massen des chinesischen Volkes waren verheerend. Die Ausbeutung durch die Grundherren war schon immer so grausam und brutal, daß sie immer wieder zu Bauernaufständen geführt hatte. Nun aber wurde das Elend der Bauern ungeheuer. 10 Prozent der Landbevölkerung (die Grundherren und die reichen Bauern) besaßen 70 bis 80 Prozent des Bodens. Die breite Masse der Bauern jedoch, die 90 Prozent der Landbevölkerung ausmachten, besaß weniger als 30 Prozent des Bodens. Die landlosen und landarmen Bauern mußten im Jahr durchschnittlich eine Tonne Getreide an die Gutsbesitzer abliefern. Die wirtschaftliche Grundlage des Feudalismus war zerstört, die selbstgenügsame Naturalwirtschaft des Bauern war vernichtet, aber das feudale Grundeigentum und die feudale Ausbeutung bestanden weiter. Der Bauer wurde durch die Last des Pachtzinses und des Wuchers ruiniert. Millionen verarmten und verhungerten. Unter dem doppelten Joch des Imperialismus und des Feudalismus wuchs das Elend des chinesischen Volkes.

Wir sehen nun deutlich den wirklichen Grund des "Ernährungsproblems". Es ist dies die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus und durch die von ihm abhängigen Klassen der Feudalherren sowie der großen Handels- und Wucherbourgeoisie!

Mao Tsetung hat festgestellt: "Revolution plus Produktion können die Ernährungsprobleme lösen." Was bedeutet das? Revolution heißt: Kampf für den Sturz des Imperialismus und Feudalismus in China. Durchführung einer Bodenreform zugunsten der landlosen und landarmen Bauern sowie schließlich Übergang zur sozialistischen Revolution und damit auch zur schrittweisen Kollektivierung der Landwirtschaft.

Auf der Grundlage dieser Umgestaltung der Produktionsverhältnisse wurde eine rasche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion möglich. Verbesserung des Bodens, Entwicklung von Nebengewerben wie Fischerei und Rinderzucht neben dem traditionellen chinesischen Acker- und Gartenbau und schließlich auch Mechanisierung führten zu einem raschen Anstieg der Nahrungsmittelproduktion. Der Getreideertrag stieg von ungefähr 100 Millionen Tonnen im Jahr 1949 auf 185 Millionen Tonnen im Jahre 1957. Ein Jahr später, nach der Bildung der Volkskommunen, schnellte er sogar auf rund 250 Millionen Tonnen. Seit 1962 hatte China ununterbrochen gute Ernten zu verzeichnen. Z.B. wurden 1972 trotz schwerer Naturkatastrophen 240 Millionen Tonnen an Getreide eingebracht.

Diese Erfolge konnten vor allem deshalb erzielt werden, weil die demokratische und die sozialistische Revolution konsequent und gründlich durchgeführt und das auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruhende sozialistische System errichtet wurde. In der Bodenreform wurden die Ländereien der Grundherren beschlagnahmt und etwa 47 Millionen Hektar Boden sowie viele Zugtiere und Geräte unter den über dreihundert Millionen landlosen und landarmen Bauern verteilt. Durch die Zerschlagung des feudalen Ausbeutungssystems wurde die Bauernschaft von den jahrtausendealten Fesseln der Grundherrschaft befreit.

Die bäuerliche Kleinwirtschaft nach der Bodenreform war jedoch äußerst instabil, und es setzte sofort eine Polarisierung zwischen arm und reich innerhalb der Bauern ein. Deshalb brachte die Kommunistische Partei Chinas den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Landwirtschaft in Gang, der stufenweise die bäuerliche Einzelwirtschaft in die sozialistische Kollektivwirtschaft überführte.

Zuerst bildeten die Bauern "Gruppen für gegenseitige Hilfe". Diese beruhten noch auf der Kleinwirtschaft. In diesen Gruppen halfen sich die Bauern wechselseitig bei der Arbeit aus. Nach 1952 entstanden Pro-



Nicht nur der Haiho in Nordchina (siehe Karte), sondern auch alle andern großen Flüsse wurden reguliert. Seither ist das wertvolle Ackerland weitgehend vor Überschwemmung oder Dürre geschützt.

duktionsgenossenschaften, welche sich, getragen vom Enthusiasmus der Bauern, in ungeheurer Schnelligkeit über das ganze Land ausbreiteten. Schon 1957 war das chinesische Dorf durchgehend vergenossenschaftlicht. Erst waren landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften niederer Stufe entstanden, in welche die Bauern den Boden und Geräte einbrachten. Die Zuteilung des Einkommens erfolgte sowohl nach der geleisteten Arbeit wie auch nach dem Anteil an eingebrachtem Land und Geräten. Die Genossenschaften höherer Stufe bildeten sich aus denen niedriger Stufe. Jetzt wurde die Bezahlung nach Boden und Geräten abgeschafft und die Hauptproduktionsinstrumente den Bauern schrittweise abgekauft. Da die Genossenschaften höherer Stufe schon weit größer waren und so mehr Arbeitskräfte vereinigten, waren sie in ihrem Bereich imstande, kleinere Be- oder Entwässerungsanlagen zu bauen und den Boden zu verbessern.

1958 schlossen sich die Genossenschaften zu Volkskommunen zusammen. Dies war entscheidend für die Sicherung stabiler und hoher Ernteerträge. Denn nur durch die Schaffung größerer Selbstverwaltungseinheiten war es möglich, die für die Verhütung und Bekämpfung von Naturkatastrophen nötigen Arbeitskräfte voll zu mobilisieren und sinnvoll einzusetzen. Damit wurde die Errichtung gewaltiger Wasserbauten (Dämme, Kanäle, Stauseen, Pumpstationen, Kraftwerke usw.) und die Zähmung der chinesischen Ströme ermöglicht. Flüsse wurden reguliert, Berge terrassiert, von Erosion bedrohte Landstriche aufgeforstet und Bodenmeliorationen durchgeführt. Die Volkskommunen gestatteten schließlich auch die Entwicklung lokaler Industrie, die für die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Erzeugung von Kunstdünger äußerst wichtig ist.

Stabile Preise und Selbstversorgung

Eine weitere Errungenschaft des sozialistischen Systems sind die stabilen Preise. Im alten China lag der Getreidemarkt in den Händen der Kuomintang-Regierung, der Grundherren und der Bourgeoisie. Spekulation und Getreidehortung waren an der Tagesordnung. Wenn die Bauern die Ernte zum Verkauf brachten, dann drückten die Grundherren und Händler die Ankaufspreise und speicherten das Getreide. Wenn dann im Frühjahr das Getreide erst heranreifte und deshalb auf dem Markt knapp wurde, trieben die Spekulanten die Preise hoch. So machten sie riesige Profite. Millionen Bauern erzielten durch diese Praktiken nicht genug, um den Pachtzins zahlen zu können. So fielen sie dem Wucherer in die Hände.

Nach der Gründung der Volksrepublik stabilisierte die Volksregierung den Getreidemarkt, indem sie einerseits die Produktion förderte und sich auf der anderen Seite bemühte, die Nachfrage entsprechend dem vorhandenen Angebot gleichmäßig zu befriedigen. Bereits nach einem halben Jahr, im März 1950, waren die Preise unter Kontrolle gebracht. 1953 wurde der freie Getreidemarkt abgeschafft und zur planmäßigen Verteilung des Getreides überge-

gangen. So konnte der Bedarf im wesentlichen gedeckt, die Spekulation beseitigt und die Verkaufspreise stabilisiert werden.

Die Volksregierung greift auch ein, um die Preisschwankungen zwischen den einzelnen Jahreszeiten auszugleichen. Bei stabilen Verkaufspreisen wurde der Getreideankaufspreis mehrmals angehoben und damit das Einkommen der Bauern erhöht. Die Steigerung der Ankaufspreise war dabei in den Gebieten der nationalen Minderheiten und in wirtschaftlich rückständigen Gegenden überdurchschnittlich. Die Differenz zwischen An- und Verkaufspreis und Transport trägt der Staat. So steigen die Einkommen der Bauern, während die Städter nicht stärker belastet werden.

Seit einigen Jahren ist der Norden Chinas, der traditionell ein Getreidezuschußgebiet war, Selbstversorger an Getreide. Jede Region Chinas deckt heute im großen und ganzen ihren Eigenbedarf, während die Vorräte des Staates, der Volkskommunen und der Bauern von Jahr zu Jahr steigen. China importiert zwar Weizen, aber dies dient nur dazu, die Breite des Getreideangebotes zu vergrößern. Andererseits exportiert die Volksrepublik Reis.

Seit zwanzig Jahren wächst in China die Nahrungsmittelproduktion rascher als die Bevölkerung. Die durchschnittliche Zuwachsrate an Getreide ist beinahe doppelt so hoch wie die der Bevölkerung. Das ist sicher auch den Maßnahmen zur Geburtenkontrolle zu verdanken, die in China ergriffen wurden. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Vermehrung der nationalen Minderheiten, die vor der Befreiung vielfach infolge der Ausbeutung, Verfolgung und zahlreicher Krankheiten vor dem Aussterben standen, intensiv gefördert wird. In der Hauptsache ist aber die Lösung des Ernährungsproblems der Revolution und den gründlichen gesellschaftlichen Umgestaltungen zu verdanken.

Das Beispiel Chinas hat gezeigt, daß es nicht die "Überbevölkerung" ist, die den Hunger und das Elend in weiten Teilen der Welt verursacht. Die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) der Vereinten Nationen stellte in einem Bericht fest, "daß Nahrungsmittelknappheit und starkes Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern nicht primäre Probleme sind; sie sind vielmehr Manifestation einer fundamentalen Schwierigkeit: zu langsame und mangelhafte ökonomische Entwicklung in den hungernden Ländern." Diese "zu langsame und mangelhafte Entwicklung" wird aber durch die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, durch Ausplünderung und Aggression seitens der imperialistischen Staaten hervorgerufen. Der Imperialismus ist die Ursache für dieses Elend von über einer Milliarde Menschen. Wenn sich die Völker vom Joch des Imperialismus befreit haben, dann kann und wird dieses Elend beseitigt werden! ●

Raubzug auf Raten

„Es ist angerichtet!" pflegen feine Leute zu sagen, sobald der Tisch für sie und ihre Freunde gedeckt ist. „Es ist angerichtet!" sagte vor zwei Jahren auch ein feiner Herr namens Breschnew, als sich — nicht zuletzt dank seiner kräftigen Einmischung — die ethnischen Gegensätze in Pakistan verschärft hatten. Das innerlich zerrissene Pakistan lag vor seinen äußeren Feinden damals da wie ein Festtagsbraten auf dem silbernen Tablett, weshalb sich das von Breschnew zu Tisch geladene indische Militär nicht lange bitten ließ. Als Besteck zum Zerteilen der Beute dienten russische Waffen.

Seither ist Ostpakistan unter dem Namen Bangla Desh ein von Indien abhängiger „selbständiger" Staat, während Breschnew als Gegenleistung für die Waffenlieferungen das Hafenrecht im Golf von Bengalen erhielt. Damit ist dem neuen Zaren ein Wunschtraum in Erfüllung gegangen, den schon die alten Zaren hatten: der Zugang zum Indischen Ozean. Die Bauernmassen von Bangla Desh, in deren Namen der „Freiheitskrieg" geführt wurde, gingen hingegen leer aus. Die Freiheit beschränkt sich lediglich auf ein paar Hundert einheimische Kapitalisten und auf jene ausländischen Konzerne, die mit der Juteproduktion das Geschäft ihres Lebens machen. Die breite Masse der Bevölkerung aber hungert nach wie vor, ja, ihre Lage verschlechtert sich sogar, und selbst unser ORF hat seine frühere Begeisterung verloren und zeigt sich nun besorgt. Wobei er natürlich nicht wegen der Hungernden besorgt ist, sondern wegen der Schwäche des neuen Regimes. So wie in den zwanziger und dreißiger Jahren in China, so ziehen heute in Bangla Desh bewaffnete Räuberbanden, oft mehrere hundert Mann stark, brandschatzend durch das Land.

Aber für den russischen Imperialismus war das Unternehmen Ostpakistan ein voller Erfolg, und weil der Appetit beim Essen kommt, deshalb hat er nun auch für die ethnischen Minderheiten in West- bzw. Restpakistan sein Herz entdeckt; für die Pathanen (Paschtu) und die Belutschi. In bezug auf die Pathanen im



Ostpakistan (jetzt Bangla Desh) war das erste Opfer des russisch-indischen Paktes.

Nun wird mit Unterstützung des afghanischen Militärdiktators die „Befreiung" Westpakistans vorbereitet.

Norden Pakistans trifft es sich ganz wunderbar, daß das angrenzende Afghanistan hauptsächlich von Pathanen bewohnt wird. Noch wunderbarer — o Wunder über Wunder — ist's jedoch, daß in Kabul erst kürzlich ein russenfreundlicher „Führer" die Macht ergriffen hat. Der Gedanke an ein „großpathanisches Reich" drängt sich demnach förmlich auf, wobei ein solcher Bundesgenosse die Einkreisung Chinas vervollständigen sowie durch die Inbesitznahme des Khaibar-Passes das seit dem Altertum umkämpfte Einfallstor zum indischen Subkontinent aufstoßen würde. Wir gestatten uns deshalb, für den zu erwartenden „Freiheitskampf" den Schlachtruf „Heim ins Reich!" vorzuschlagen, denn mit diesen markigen Worten hat schon einmal ein gewisser Herr Hitler die ethnischen Gegensätze zwischen Sudetendeutschen, Tschechen und Slowaken hochgespielt und erfolgreich einen Nachbarstaat zerstückelt. Was die Belutschi im Westen Pakistans betrifft, so werden diese wiederum vor allem deshalb interessant, weil auch jenseits der iranischen Grenze Belutschi leben. Ein „unabhängiger" Vasall Belutschistan brächte Breschnew also verdammt nahe an die begehrten iranischen Erdölfelder heran.

Gewiß, solche Schlußfolgerungen mögen so manchem übertrieben klingen. Aber man sollte nicht vergessen, daß auch Hitler, wie gesagt, einst mit der Besetzung der kleinen Tschechoslowakei begann, ehe er sich an Größerem versuchte. Und damals, 1938, wäre jeder als weltfremder Phantast verlacht worden, der vorausgesagt hätte, daß schon vier Jahre später die deutsche Ostarmee ihren Sprit aus den 2000 Kilometer entfernten eroberten Erdölfeldern von Maikop beziehen würde. Man sollte deshalb das scheinbar Unmögliche nicht als Schwarzmalerei abtun. Nur das rechtzeitige Erkennen einer Gefahr kann „Unmögliches" wirklich unmöglich machen. ●